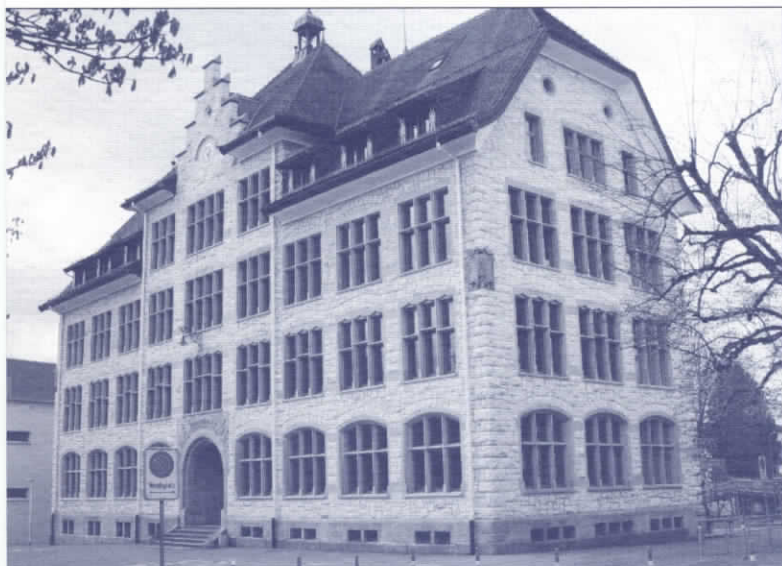


Schulratswahlen

Liberaler Katholik statt Protestant

1903 Kantonsrat Josef Müller: «Ich ziehe vor, Aussicht zu haben, einen gut konservativen Präsidenten durchzubringen, was durch Anerkennung eines protestantischen Schulrates eher möglich ist, finde es aber riskiert, im ablehnenden Falle auch noch gegen die Präsidentschaftskandidatur Baumgartner aufzutreten, den er als solchen fürchten würde». Pfleger Schär: «Dass Möglichkeit besteht in Wyl getrennte Schulen zu erreichen sei ein Beweis, dass eine solche in Gestalt der protestantischen Mädchensekundarschule bereits existiere und anerkannt sei.» Präsident Josef Wild: «Mit dem seinerzeit gefallenen Antrag auf (konfessionelle) Schultrennung sei momentan eine Situation geschaffen, dass man einstweilen Ursache habe an einem ganz katholischen Schulrat festzuhalten und damit die Trennung eher gefördert werde».
(5. Mai, Kommission, Falkenburg).

Am 18. September 1905 wurde das Knaben-Schulhaus an der Alleestrasse mit einem Jugendfest eingeweiht. (Architekt: Paul Truniger, Baukosten Fr. 196'913.71, Fr. 6'913.71 über dem Budget)



Fürsprech Josef Müller:

«Da die Schule nun einmal eine bürgerliche und konfessionslose geworden, könne mit Fug und Recht das Verlangen (nach einem protestantischen Schulrat) nicht mehr abgewiesen werden, auch ziehe er einen aufrichtigen Protestant einem Katholiken von der Sorte der hiesigen Radikalen vor.»

Es werden unter anderem folgende Beschlüsse gefasst: «Es soll eine protestantische Kandidatur abgelehnt und der zweite Vertreter den man den Liberalen zugesteht durch einen liberalen Katholiken besetzt werden» und: «Da von liberaler Seite ein protestantischer Kandidat vorgeschlagen, unsererseits jedoch nicht acceptirt wird, so wird ein Vorschlag unsererseits beschlossen und Herr Paul Truniger definitiv bezeichnet mit dem Zusatz, dass, wenn letzterer aus eint oder anderen Gründen nicht genehm sei, es der Commission überlassen sei, sich mit den Liberalen über einen anderen Vorschlag zu einigen».

(6. Mai 1903, HV, Äbtstube/Hof).

Ablehnung des reformierten Pfarrers

1909 In einer gemeinsamen Besprechung mit einer Delegation der Liberalen am 5. Mai äussert Joh. Nepomuk Baumgartner (lib.) den Wunsch, «es möchte an seine Stelle ein Protestant als Schulrat acceptirt werden, weil dieselben erstens Wert darauf legen und zweitens einen nach Bevölkerungszahl und Steuervermögen im Sinne des von den konservativen Parteien stets gepriesenen Proportos eine Vertretung gehöre.» Der Entscheid soll der HV überlassen werden, «immerhin in dem Sinn, dass eine Nomination von Pfarrer Lienhard unter keinen Umständen angenommen würde, während gerade von protestantischer Seite dieser Name in erster Linie genannt wird».

Die HV vom 6. Mai lehnt Pfarrer Lienhard ab. Dank den Bemühungen «einsichtiger liberaler Katholiken» wurden dann nicht Pfarrer Lienhard, sondern Jean Weber aufgestellt. Somit umfasste die Liste 5 Konservative und 2 Liberale. Sie wurden alle gewählt, als Präsident der katholische Stadtpfarrer Dr. Stüdl.



Kräftemessen mit den Liberalen

1912 Die «Wiler Zeitung», auf die man am Samstagmittag gewartet, brachte etwelche Überraschung: liberalerseits waren nur die liberalen Nominationen auf die Liste genommen worden! Sofort wurden selbstverständlich per «Wiler Bote», der erst in wenigen Exemplaren gedruckt war, konservativerseits die liberalen Nominationen auch «abbestellt».

(9. Mai, Ausschuss, Anker).

Die Konservativen nominieren die liberalen Kandidaten

1916 «Die liberale Partei teilt mit, dass sie für die Schulratswahlen keine Kandidaten aufstellen werden indem die Verunglimpfung ihres Präsidenten durch die Zuschrift der konservativen Partei diese Stellungnahme heraufbeschworen habe. Im besonderen könne nicht mehr mit Herrn Stadtpfarrer Harzenmoser zusammengearbeitet werden».

(19. Februar, Kommission, Falkenburg).



Ränge hrende nfange s der ch die auten andete Ballon auf- das s zu feu- feier- a auf a der ch der	Totales. Primarschulgemeinde Wil. Wahl. ergebnis vom 5. Mai 1912. Als Mit- glieder des Primarschulrates wurden, bei einem absoluten Mehr von 480 Stimmen gewählt die Herren: Dr. Stüdie A., Stadtpfarrer, mit 597 St., bish. Bischoff Erwin, Kaufmann " 591 " " Schmid Peter, Bankkassier " 589 " " Dr. Meienberger Joh., Arzt " 588 " " Dr. Bannwart Jos., Arzt " 579 " neu Weiter haben Stimmen erhalten: Herr Truniger Paul, Architekt 480 Biehard Fritz, Pfarrer 385 (Es sind zwei Nachwahlen zu treffen.) Als Präsident des Primarschulrates wurde bei einem absoluten Mehr von 299 mit 583 Stimmen bestätigt: H. Stadtpfarrer Dr. A. Stüdie. Als Mitglieder der Rechnungskom- mission wurden — bei einem absoluten Mehr von 473 Stimmen — bestätigt die Herren: Hollmar Jakob, Gerber, mit 588 St. Hollenstein Otto, Altarbauer " 584 " Weiter haben Stimmen erhalten: Herr Dr. Senn Albert 411 Vereinzelte 31 (Es ist daher eine Nachwahl zu treffen.) Das Resultat ist so herausgekommen, wie
--	---

Die liberalen Kandidaten wurden nicht gewählt. Dies geschah erst bei der Nachwahl vom 2. Juni.

Stadtpfarrer lehnt Präsidium ab

1913 «Es wird daran erinnert, dass für Stadtpfarrer Dr. Stüdie das «Überbinden des Schulratspräsidiums» ein wesentlicher Grund gewesen sei, dass er Wil verlassen habe.» Sein Nachfolger, Pfarrer Harzenmoser, betont, «dass er nicht nach Wil gekommen wäre, wenn man ihm gesagt hätte, er müsste das Schulratspräsidium übernehmen. Was er, bei Überlastung, als Pfarrer vernachlässigen müsse, das tue ihm kein anderer; was er aber bei Nichtannahme des Schulratspräsidiums nicht tue, das mache schon ein anderer».

(17. Dezember, a.o. HV, Schwanen).

Nachdem man auf konservativer Seite an der liberalen Zweivertretung im Schulrat festhalten will, «werden die Herren Dr. (med. vet. Anton) Stähli und (August) Elsener (Architekt) nominiert». Beide werden am 20. Februar gewählt.

folgt.	lokales.	
	Resultat der Schulratswahlen.	
	Abgegebene Stimmen	955
	Leere Zettel	376
	Ungültige Zettel	12
	Bleiben zur Berechnung des absoluten Mehrs	567 St.
	Absolutes Mehr	284 St.
	Als Mitglieder des Primarschulrates für den Rest der Amtsdauer 1915/18 sind gewählt:	
	1. Herr Dr. Staeheli Ant., Veterinär mit 530 Stimmen	
	2. Herr Diethelm Bernh., Buchhalter mit 526 "	
	3. Herr Elsener Aug., Architekt mit 513 "	
	Die Schulratsersatzwahlen sind ohne Kampf verlaufen. Bekanntlich hatte die liberale Parteiversammlung vom Freitag abend Stimmhaltung beschlossen, so daß nur die von der konservativen und christlich-sozialen Partei aufgestellte Liste in Frage kam. Die Parteien haben so ziemlich ihrer numerischen Stärke entsprechend gestimmt, also Parteiparole gehalten. Die Zahl der leeren Stimmzettel wird allerdings nicht samt und sonders auf das Konto der liberalen Partei geschrieben werden müssen, da bei jeder Wahl, auch wenn von allen Parteien gemeinsame Vorschläge aufgestellt werden, jeweils eine kleinere oder größere Anzahl vollständig leerer Zettel ausgegeben wird.	
	Einen weiteren Kommentar zu diesem Wahlgeschäfte könnten wir uns erübrigen, wenn nicht die an der liberalen Parteiversammlung angenommene Resolution, worin die Stimmhaltung der liberalen Partei begründet wird, Anlaß hiezu gäbe. Der von der kon-	

Rechte und Linke

Die Zeit von 1921 – 30 in Wil ist geprägt vom Dualismus Rechte – Linke. Zur Rechten zählen die Konservative Volkspartei und die christlichsoziale Partei. Ihr gegenüber stehen: 1. die Freisinnig-demokratische Partei, 2. die Demokratische und Arbeiterpartei (die sogenannten bürgerlichen Linksparteien) und 3. die Sozialdemokratische Partei. In Wil erreichte die Rechte bei den Kantonsratswahlen vom 12. April 1921 610 von 1279 Listenstimmen, also knapp die Hälfte.

Giftige Auseinandersetzungen

1921 Ein heftiger Streit entspann sich in der Folge bei der Wahl der Schulbehörde, wobei sich die Rechte für den Einfluss der Kirche in der Schule stark machte und für den Verbleib des Stadtpfarrers A. Harzenmoser im Schulrat kämpfte.

Die Nichtwahl eines offiziellen freisinnigen und des demokratischen Kandidaten führte zu einer gehässigen Polemik in der Presse, die sich nicht nur auf den konservativen «Wiler Bote» und die freisinnige «Wiler Zeitung» beschränkte. Während fast 2 Jahren las man in der halben Schweiz vom Parteienstreit im st.gallischen Wil. Der wild gewählte Vertreter der Freisinnigen wurde unter Druck gesetzt, das Amt abzulehnen und sich nicht als Hampelmann gegen seine Partei ausspielen zu lassen.



Als in der Nachwahl wiederum die «falschen» Kandidaten der Linksparteien gewählt wurden, stellten sämtliche linken Vertreter Entlassungsgesuche zuhanden der Schulgemeindeversammlung und machten

in Obstruktion, das bedeutete Amtsverweigerung. Als die Linksparteien mit ihren Anträgen nicht durchdrangen, verliessen sie unter Führung von Oberst Paul Truniger die Kirche. Von 840 Anwesenden blieben noch 483 zurück. Diese entschieden im Sinne der Rechten und lehnten die Entlassungsgesuche ab.

Es kam schliesslich im September 1921 zu einer Einigungskonferenz unter regierungsrätlicher Führung. Es ging den Linksparteien im Wesentlichen darum, dass ihnen eine proportionale Vertretung im Gemeinde- und Schulrat eingeräumt werde und dass den offiziellen Kandidaten keine Opposition erwachse. Obwohl die Konservativ-christlichsoziale Partei dem Protokoll zustimmte, wurde im Dezember wiederum ein «falscher» Freisinniger gewählt, in einer Demokratie mit Majorz-Wahlsystem durchaus legal und kaum zu verhindern. Ruhe kehrte erst nach mehr als einem Jahr giftigster Auseinandersetzung ein.

Geistlicher als Reallehrer

An der Schulgenossenversammlung vom 23. September 1935 ist ein neuer Reallehrer zu wählen. Als 1920 die Schuldgemeinde die Ortsrealschule übernahm, wurde abgemacht, stets einen katholischen Geistlichen im Lehrerteam zu haben. So erhielt der geistliche Kandidat Johannes Brühwiler den Vorzug gegenüber dem dannzumaligen Stellvertreter Rudolf Völkle.

FDP verzichtet auf Schulrats-Mandat

1945 «Betreffend den Schulratswahlen vom 22. April stellen wir fest, dass unsere Versammlung einstimmig beschlossen hat, der SP ohne weitere Verpflichtung ein Schulratsmandat abzutreten, wobei wir annehmen, dass ein geeigneter Kandidat in Vorschlag gebracht wird. Dieses Opfer ist uns nicht leicht gefallen. Wir tun dies aber im Bestreben, einer friedlichen und gegenseitigen Verständigung Hand zu bieten. Es hätte uns angenehm berührt, wenn auch die KVP den Sozialdemokraten in der Abtretung des frei gewordenen Gemeinderatsmandates berechtigerweise entgegengekommen wäre. Wir möchten noch den bescheidenen Wunsch anbringen, unserer Partei als Ausfall für das Schulratsmandat das Mandat eines Ersatz-Revisors der Schulgemeinde zu überlassen».

(Schreiben vom 12. März 1945 an die KVP und SP).

Pfarrer ersetzt Pfarrer

1948 «Zum Mandat des H.H. Stadtpfarrers Dr. Senti erfolgt die Orientierung, dass derselbe zum Nachteile und zum Bedauern der konservativen Vertreter allzu häufig den Schulratssitzungen fern bleibe. Der Grund hiefür liege vermutlich in dem zeitweise gestörten Gesundheitszustand des H.H. Stadtpfarrers.» Die Aussprache über diese empfindliche Lücke im Sitzungsbesuch ergibt «die Einladung an Herrn Schulratspräsident Dr. Blöchliger, den H.H. Stadtpfarrer, wenn nötig, noch nachdrücklicher als bisher auf die jeweiligen Schulratssitzungen aufmerksam zu machen».

(17. April, Kommission, Hof).

Eine Ersatzwahl in den Schulrat für den zurückgetretenen Dr. Senti fand am 23. Januar 1949 statt. Gewählt wurde Stadtpfarrer Josef Hasler, der spätere Bischof von St. Gallen.

Stadtpfarrer Kandidat aller Katholiken

1949 Die Kommission der CSP beschliesst einstimmig, den von der KVP portierten Stadtpfarrer Josef Hasler als Vertreter der katholischen Bevölkerung zu unterstützen, schreibt indessen mit Datum vom 14. Januar 1949, dass sie es ablehnt, «den hochwürdigen Herrn Stadtpfarrer als Seelsorger aller Katholiken als den Kandidaten einer Partei zu betrachten» und ersucht «im Einvernehmen mit dem hochwürdigen Herrn Stadtpfarrer höflich, seine Kandidatur nicht auf eine parteipolitisch gebundene Art und Weise, sondern unter dem konfessionellen Gesichtspunkt zu portieren».

Vermittler / Bezirkswahlen

Vermittler

Als es anfangs 1930 darum ging, für den verstorbenen Vermittler Baptist Hilber einen Kandidaten für die Nachfolge zu suchen, rang sich die Kommission zum Entschluss durch, den freisinnigen Vermittler-Stellvertreter als Nachfolger zu akzeptieren und neu den Vermittler-Stellvertreter zu portieren mit dem Anspruch auf Amtsnachfolge. Diese Regelung wurde bis 2000 beibehalten.



Bezirkswahlen

Bezirksrichterwahlen

1919 «Um ein längst gegebenes Wort einzulösen, ist man der Ansicht, dass eines dieser Mandate den Liberalen zu überlassen sei. Dem christlichsozialen Ansprüche auf 1 Mandat wird entgegengehalten, dass diesbezüglich zuerst einmal volle Klarheit über Anzahl ihrer Mitglieder, das Verhalten zur Volkspartei und deren Gebaren in den letzten Wahlen zu schaffen sei». (12. April, Komitee, Falkenburg).

1921 Rücktritt von Bezirksammann Josef Bürgi nach 27-jähriger Tätigkeit. Nachfolger wird bei der Wahl am Palmsonntag 1921 nicht der offizielle Kandidat der Konservativen Bezirkspartei, Dr. Styger (877 Stimmen), sondern der von «nichtparteiöffentlicher Seite» aufgestellte Kandidat, Amtsschreiber Gottfried Kessler (1698 Stimmen), dessen Qualifikation in der Kommission der Stadtpartei umstritten war: «Mangel an juristischer Bildung und persönlicher Energie, stark geschwächte Gesundheit und vorgerücktes Alter». (2. März, Kommission, Falkenburg).

1937 Der Wiler Bezirksammann Dr. A. Hüppi wird zum Staatsanwalt berufen. Als Nachfolger nominiert die Bezirkspartei den Adjunkt Alois Löhner, der ohne Wahlkampf gewählt wird.

Ersatzwahl in das Bezirksgericht

1967 Ausser dem Präsidenten ist von der KVP der Stadt Wil durch eine Vakanz kein weiterer Sitz besetzt. «Zuerst soll in unseren Reihen Umschau gehalten werden, ob überhaupt ein Kandidat gefunden werden kann». Über die zeitliche Beanspruchung wird festgehalten: «Es muss pro Woche mit 1 Tag gerechnet werden. Entschädigung Fr. 75.-. Bei der Suche nach Kandidaten wird das ganze Mitgliederverzeichnis durchgegangen».

(1. März, Kommission, Wilden Mann).

Bezirksdelegierte contra Stadtpartei

1983 Entgegen dem Beschluss der Bezirksdelegiertenversammlung für eine Einernomination für das Amt des Bezirksgerichtspräsidenten in der Person von lic. iur. Kaspar Noser spricht sich die CVP Wil Stadt am 4. Februar 1983 mit 42 : 15 Stimmen für zwei Kandidaten aus.

Gewählt wurde nicht der offizielle Kandidat der Bezirkspartei, lic. iur. Kaspar Noser, sondern Dr. iur. Bruno Gähwiler.

Als Bezirksammann tritt Heiner Graf überraschend am 29. Oktober 1993 zurück. Die CVP Bezirks-DV hebt Dominik Weiss, Gerichtsschreiber, als Kandidaten auf den Schild. Von der FDP unterstützt, bewirbt sich der parteilose George Weber ebenfalls um das Amt und wird nach einem gehässigen Wahlkampf knapp gewählt. Das Verhältnis zur FDP ist ziemlich getrübt, auch wegen der Ernennung von O. Seiler zum Bezirkschulratspräsidenten anstelle des vorpräparierten Vizepräsidenten P. Weder (FDP).

Kantonsratswahlen

Ablehnung einer geschlossenen Liste bei den Kantonsratswahlen

1903 In einer Sitzung mit Regierungsrat Joh. Bapt. Ruckstuhl schlägt dieser geschlossene Listen in solchen Gemeinden vor, «in denen es der konservativen Mehrheit unter Umständen gelingen könnte, mit Aufbietung ihrer ganzen Macht eine geschlossene Liste durchzudrücken.» In Wil ist man bei den Konservativen anderer Meinung. Man könnte vielleicht den noch in Aussicht stehenden 3. Sitz der Partei verlieren. Der liberale Vertreter von Wil, Joh. Nepomuk

Baumgartner, erfreue sich vieler Sympathien in der Gemeinde und «habe derselben in seinen öffentlichen Ämtern schon viele Dienste geleistet. Zudem werde es Mühe haben gegen den vermutlich liberalerseits aufgestellten Herrn

Gemeindeammann Josef Pankraz Truniger einen gleichwertigen Kandidaten aufzustellen». Das Regierungsrätliche Gesuch wird abgelehnt. Regierungsrat Ruckstuhl anerkennt die vorgebrachten Bedenken und «gibt sich zufrieden mit dem Wunsche, es möge der konservativen Partei gelingen als neues Mitglied einen Proporzfreund in den Grossen Rat zu bringen». (26. März, Kommission, Rose).

Keine reine Parteiliste

1906 «Die kantonale Parteileitung stellt mittels Schreiben an die konservative Partei von Wyl das Ansinnen, bei den bevorstehenden Kantonsratswahlen eine reine Parteiliste, d.h. 3 konservative Kantonsräte aufzustellen um dadurch auf die Gegenpartei speziell in St. Gallen einen Druck auszuüben, ihrerseits unserer Partei gerecht zu werden. Da dieses Ansinnen in Anbetracht unserer Verhältnisse sowieso gewagt erscheint, andererseits mit dem unsererseits stets verlangten Proporz in grellem Widerspruch steht, so wird der Antrag abgelehnt». (2. März, Kommission, Harmonie).

Absolute Mehrheit

Die Kantonsratswahlen 1924 bescherten der konservativ-christlichsozialen Partei Wil einen Zuwachs von 610 auf 684 von total 1200 Stimmen, also die abso-

lute Mehrheit. Das Verhältnis zur christlichsozialen Schwesterpartei ist ungetrübt, die Wahlen in den Gemeinde- und Schulrat verlaufen diesmal friedlich. Bei den Kantonsratswahlen vom 27. März 1927 erreichte die konservative Volkspartei Wil 721 von total 1286 Listenstimmen, also eine komfortable Mehrheit. In den Gemeinderatswahlen beanspruchte sie aber wie bisher nur 5 von 9 Sitzen.

Wil als Steuereldorado.

Wir lesen im „Sarganserländer“ folgenden Er-
guß:

„Eine glückliche Gemeinde ist die Stadt Wil. Im Gegensatz zu den meisten andern Gemeinden unseres Kantons kommt Wil auch für das nächste Jahr ohne Steuererhöhung aus; die Feuerpolizeisteuer kann sogar ermäßigt werden — und eine Armensteuer kennt Wil bekanntlich überhaupt nicht.“

Von den 9 Kantonsräten im Bezirk Wil stellten die Konservativen Ende März 1936 deren 6, davon die Stadt Wil 3. In Anbetracht der Krisenlage in Europa verliefen die anschliessenden Gemeindewahlen ruhig. Wil galt damals als Steuereldorado mit gesicherten Finanzen.

1939 scheitert die stille Wahl des Kantonsrates am Widerstand der Jungbauern und der Unabhängigen wegen der beunruhigenden Welt- und Wirtschaftslage sowie Seuchen. Die Wahlen bringen aber keine Mandatsverschiebungen, Carl Lenz, Alois Löhner und Walter Klingler heissen unsere Vertreter in St. Gallen.

1968 Kantonsratswahlen

Die Wahlsituation war insofern neu, als die Konservativ-Christlichsoziale Partei mit einer offenen Liste kandidierte. Mit einem gewissen Risiko überliess man die Liste dem Stimmbürger, der aus den präsentierten Kandidaten, von denen übrigens keiner weder bevorzugt noch benachteiligt wurde, zu wählen hatte. «Die Antwort auf



Automobilisten und verwandte Berufe

Steuerzahler In den letzten Tagen des alten Jahres kamen die Autosteuerrechnungen mit einer ganz gewaltigen Erhöhung der Taxen. Damit ist der Kanton St. Gallen an die Spitze aller Kantone der ganzen Schweiz gelangt und hat alle bisherigen Rekorde geschlagen, er steht an der Spitze von ganz Europa.

Wir zahlen noch nicht genug Steuern, auch die Autosteuer musste in die Höhe geschraubt werden.

Wo steht das Ende? Ist das Auto ein Luxusgegenstand, oder dient es uns dazu, unserer Arbeit nachzugehen und unsere Steuern zu verdienen.

Einer der «Hauptinitianten» in der Finanzkommission und im Grossen Rate war unser Stadtmann A. Löhrrer. Geben wir ihm die richtige Antwort, indem wir ihn auf der Wahlliste streichen.

Keine Stimme für Stadtmann Löhrrer!

Viele Automobilisten

Grossratswahlen 6./7. März 1948

Mitbürger, Steuerzahler!
In letzter Stunde wird mit einem anonymen Flugblatt gegen die Nomination von Stadtmann Löhrrer Sturm gelaufen, mit der Begründung, er sei einer der «Hauptinitianten» der Erhöhung der Automobilltaxen.
Diese Darstellung ist eine

gemeine Verdrehung der Tatsachen.

Stadtmann Löhrrer hat lediglich der regierungsrätlichen Vorlage in der Finanzkommission und im Grossen Rate zugestimmt.
Er tat dies, weil er für eine gerechte Lastenverteilung eintritt und den

Steuerzahler schonen wollte.

Die Kosten für den Strassen-Ausbau und Unterhalt sind um mehr als 100 % gestiegen, während die Erhöhung der Automobilltaxen durchschnittlich 20 % beträgt. Verursacht werden diese Kosten durch den gesteigerten Automobilverkehr. Es entspricht somit einem Gebot der Billigkeit, dass die Hauptstrassenbenützer auch einen Teil der Lasten tragen und diese nicht nur auf Kanton und Gemeinden abwälzen.

Stadtmann Löhrrer hat im Grossen Rate ausdrücklich erklärt, dass der Regierungsrat über das Mass der Erhöhung mit den Automobilverbänden noch Verhandlungen führen solle.

Es ist bedenklich, wenn ein Gemeinde-Vertreter, der sich im Interesse des Ausbaues des Strassennetzes für eine gerechte Kosten-Verteilung einsetzt, deswegen in so hinterhältiger Weise angegriffen wird.

Deshalb, und gerade weil unser Stadtmann immer mutig und unerschrocken für die Interessen der Allgemeinheit eingetreten ist, geben wir die Stimme

Herrn Stadtmann Alois Löhrrer, Wil

Gerechdenkende Bürger aller Parteien.

unsere Wahlvorschläge gab der Wähler: ein über Erwarteten deutlicher Erfolg der Konservativen, vor allem in der Stadt, eine schwere Schlappe für die Christlichsozialen. Folgerung: Die CSP konnte sich mit Hilfe der Konservativen nicht durchsetzen. Als mögliche Ursachen werden vermutet: Die personelle Auswahl der CSP-Kandidaten war zu wenig überzeugend; viele Kreise stimmen aus «Prinzip» gegen die CSP; die CSP hat ganz einfach keine genügend starke Anhängerschaft, die kritiklos parteitreu stimmt ... die Krise der CSP ist auch unsere Krise. Diese zu beheben soll unser Ziel sein».

(parteiinterne Folgerungen des Präsidenten der KVP).

«Zu den Kantonsratswahlen sei erwähnt, dass je länger je mehr die Persönlichkeit des Wahlkandidaten über Erfolg oder Misserfolg einer Wahl entscheidet. Wir müssen in Zukunft strenge Massstäbe anwenden, denn wir müssen Sorge tragen, dass wir das grosse Vertrauen unserer Wähler nicht für Wahlkandidaten in Anspruch nehmen, die nicht überzeugen».

(aus dem Jahresbericht des Präsidenten 1968).

Kritik trotz Erfolg

1976 Ein Vorstandsmitglied ist trotz erfolgreichem Wahlausgang mit der Arbeit der CVP nicht zufrieden. «Man schludere weiter und tiefer ... Diese Worte nimmt der Präsident nicht an».

(23. Februar, Vorstand, Schwanen).

Sonderzüglein der sozialpolitischen Bewegung

1975 «Herr Dr. Lenz interpelliert Herrn Urscheler, ob es stimme, dass die sozialpolitische Bewegung am 20. Januar 1976 mit ihren (Kantonsrats-) Kandidaten noch gesondert tage. Herr Urscheler bejaht. Er glaubt, dass die Arbeiter im kleinen Kreis eher Fragen stellen. Diese gesonderte Veranstaltung wird nicht überall gerne gesehen, weil es dem «Fahren eines Sonderzügleins» gleicht».

(18. Dezember, Wilden Mann).

Kantonsratswahlen (19. März)

1972 Die Bezirksdelegiertenversammlung der CVP beschliesst auf Antrag des Vorstands, mit einer Stadt- und einer Landliste die Wahlen zu bestreiten. Dies aus der Überzeugung, «dass eine Mehrheitspartei wie die CVP mit nur einer Liste ihren Wählern zu Stadt und Land keine genügende Auswahl bieten kann und dass es mit nur einer Liste unmöglich ist, alle Kandidatenwünsche des breite Bevölkerungskreise umfassenden Parteivolk von sechs Gemeinden auf 11 Linien zu berücksichtigen».

(aus einem Artikel des NWT vom 27. Januar 1972).

1972 erreicht die CVP der Stadt Wil das beste Resultat bei den Kantonsratswahlen seit 1954, und das trotz stärkerer Konkurrenz.





Wahlprospekt Kantonsratswahlen 1988.

Bei den Kantonsratswahlen vom 3. Februar 1980 konnte der Stimmenanteil der CVP im Bezirk Wil um 4.2 % auf 63.7 % gesteigert werden. Somit konnte das 8. Mandat nicht nur gehalten, sondern auch gefestigt werden.

Kantonsratswahlen

1980 Die CVP Wil Stadt hat den erhofften 5. Sitz nicht erhalten. Dieser ging klar an die CVP Wil Land. Der Wähleranteil in der Stadt ist von 56 % auf 53,6 % gesunken. Bedauert wird die Nichtwahl der einzigen kandidierenden Frau.



Enttäuschung

1988 Die Kantonsratswahl wird als Enttäuschung für die CVP gewertet, die in der Stadt 9 % weniger Stimmen auf sich vereinen konnte. Die CVP ist klare Verliererin der Wahl. Ein Ausschuss muss die Wahl analysieren und einen Bericht erstellen.

Der enorme Einsatz der Parteiführung wurde von den Wählern schlecht honoriert. Bei den Kantonsratswahlen 1996 ging ein Sitz der Stadtpartei, den eine Frau belegen sollte, verloren.

Die Verluste der CVP konnten bei den Kantonsratswahlen vom 6. Februar 2000 wieder etwas aufgeholt werden.

Krankenhaus – Spital

Bau eines neuen Krankenhauses

1919 Stadtmann Dr. Ernst Wild «hebt die allgemeinen Begründungspunkte hervor, als da sind: die grosse, unbestrittene Bedürfnisfrage, ferner der jetzige günstige Moment, da der Kanton Erweiterungen sowohl am Kantonsspital, als auch Ausbau und Erweiterungen für die bestehenden regionalen Krankenhäuser – im besonderen in Wattwil – vorzunehmen sich anschickt, unsere Gemeinde bei Beschlussfassung für einen Krankenhausneubau sich die staatliche Mithilfe für den geplanten Bezirksspital erringen könnte. Später würden wir ohne Zweifel ganz auf unsere eigenen Finanzen, sowohl Bau als Betrieb betreffend, angewiesen sein. Andererseits ist es auch im Interesse des Staates gelegen, wenn er unsere Mithilfe beim Erweitern der regionalen Krankenanstalten, resp. durch Entlastung derselben durch den Neubau in hier, in so bedeutendem

Masse wie vorgesehen, erhalten kann.» Bemerkenswert der Hinweis von Bezirksarzt Dr. med. J. Meyerberger, dass «die staatlichen Instanzen bis dato sich unserer Angelegenheit ziemlich ablehnend verhalten haben». Trotzdem will man «dem

Staat gegenüber den festen Willen bekunden, den regionalen gerechten Ansprüchen durch Übernahme grosser finanzieller Opfer zum Durchbruch zu verhelfen».

Und noch ein interessantes Votum von Gemeinderat Alfred Meyerhans: «Bei einem billigen, weniger gut ausgebauten Projekte könnten wir auf Staatshilfe und nachherige Übernahme des Betriebes durch den Staat nicht rechnen. Die Mithilfe des Kantons können wir nur noch im jetzigen Moment erreichen, kommt es zum Weiterausbau des Kantonsspitals und Krankenhaus Wattwil, so werden unsere Aussichten für staatliche Mitwirkung für immer vernichtet sein».

(7. November, KVP und CSP, Wilden Mann).

Subventionierung in Aussicht

1944 «Die grossrätliche Kommission, welche vor zwei Wochen in Wil getagt hatte, habe sich mit überwiegender Mehrheit für die Subventionierung ausgesprochen. Es sei nun zu hoffen, dass das gleiche Stimmenverhältnis auch im Grossen Rate in der Novembersession festgestellt werden könne».

(29. September, Parteiversammlung, Wilden Mann).



Einweihung des Spitals

1970 «Ein Markstein in der Geschichte Wils war die am 31. März erfolgte Einweihung des Spitals. Als weitere vordringliche Aufgabe will man die Errichtung eines Altersheims und Alterspflegeheims im Auge behalten». (3. April, Orientierungsabend, Freihof).

Übergabe an den Kanton

Bereits 1990 wurde die Übergabe des Spitals Wil an den Kanton diskutiert. Die Mehrheit des Vorstandes möchte das Spital aber vorläufig noch in der Obhut der Gemeinde behalten, höchstensfalls eine Regionalisierung anstreben.

Das herausragende Ereignis 1997 ist die drohende Schliessung des Spitals Wil. Zusammen mit Rorschach, dessen Spital ebenfalls gefährdet ist, gelingt es dem überparteilichen Aktionskomitee, die Bevölkerung zu mobilisieren und das kantonale Parlament für die Erhaltung der bestehenden Spitäler zu gewinnen.

Zur Bewältigung der Wiler Spitalkrise setzen sich Mitglieder der CVP an vorderster Front ein, namentlich Josef Fässler als interimistischer Spitalleiter.



1930 – 1940

Ab 1931 fehlen die Protokolle der Sitzungen und Versammlungen der Kons. Partei Wil. Die redaktionellen Beiträge im parteigebundenen «Wiler Boten» geben aber Einblick in die Tätigkeit der Partei.

Als Einleitung für die wirtschaftliche Situation der folgenden Jahre diene der Ausschnitt aus dem «Wiler Boten» vom 14. Februar 1931, wo bereits über sündhafte Riesengehälter geklagt wird:

«Die Erbitterung der Arbeiterschaft über das kapitalistische System kommt in Zeiten der Not nicht von ungefähr. Während fast überall in Deutschland bei der Arbeiter- und Angestelltenschaft ein kräftiger Lohnabbau einsetzt, verspüren die Kapitalisten und Direktoren nichts vom Abbau. Im Gegenteil, dort wird meistens noch aufgebaut. Bürgermeister von kleinen

Städten nahe der Schweizer Grenze beziehen 20 – 30'000 Mark. In der Schweiz sind nicht einmal Regierungsräte der grössten Kantone so hoch bezahlt. Der Direktor einer deutsch-amerikanischen AG bezieht angeblich 600'000 Mark, der

1. Direktor der Reichsbank muss sich mit 340'000 Mark begnügen, und der deutsche Reichskanzler bezieht «bloss» 120'000 Mark.

Hält man den überspitzten Besoldungen des neuen Deutschland die Not entgegen, die in Millionen von Familien herrscht, und denkt man an die 4-5 Millionen Arbeitslosen, so ahnt man einen der Gründe des politischen und sozialen Chaos.»

Auch Verkehrsprobleme am Gotthard waren damals nicht neu, wurden doch am Donnerstag vor Ostern 100 Autos per Bahn durch den Tunnel befördert.

Die öffentliche Moral wurde damals sehr hoch gehalten, wie die Nachricht vom 8. Mai 1931 belegt:

«Die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat am letzten Wiler Mai-Markt ein Budenbesitzer, welcher die Neugierde der schaulustigen Menge mit Produktionen einer schamlosen Tänzerin befriedigen wollte. Ein Aufrechter unserer Mariengarde machte die tit. Stadtväter darauf aufmerksam, worauf dem Ärgernis abgeholfen wurde.»



sind?

Glaubensgenossen, soweit ihr bis jetzt nicht für unsere Partei gestimmt habt, macht nun einmal den Versuch mit uns und legt am folgenden Samstag und Sonntag die konservative Liste in die Urne.

Unsere Partei besitzt ein umfassendes und auf die Dauer allein allen helfendes Wirtschafts- und Sozialprogramm, um das uns jede Partei beneiden muß.

Unsere Partei ist aber auch die einzige, die auf der katholischen Weltanschauung fußt, zu der ihr euch doch auch bekennet. Die Zugehörigkeit zu einer andern und die Wahl für eine andere, mehr oder weniger ausgesprochen einseitig materialistische Partei, wie es insbesondere die Marxisten sind, ist

niemals vereinbar mit praktischem Katholizismus. Deshalb kann ein konsequenter, praktizierender Katholik am Sonntag nur die konservative Liste in die Urne legen.

In Voraussicht heftiger Auseinandersetzungen legte die Kirche, d. h. der damalige Kardinalstaatssekretär Pacelli und nachherige Papst Pius XII Richtlinien für die Parteizugehörigkeit fest.

Auch die wirtschaftlichen Interessen der ortsansässigen Geschäfte wurden verteidigt. So lehnte der «Wiler Bote» und später auch die «Wiler Zeitung» Inserate der Migros ab.

Das Interesse der Bürger richtete sich ab 1932 immer mehr auf die Umwälzungen in den Nachbarländern. Das Gebaren der Nationalsozialisten in Deutschland war unsern Leuten ein Greuel. Als aber Hitler 1933 Reichskanzler wurde, sprach immer mehr Verständnis aus den Zeitungsberichten, zumal die Kommunisten und Sozialisten in erster Linie als Feinde der Kirche auftraten und in Russland und Spanien eine Schreckensherrschaft ausübten. Aber auch in Frankreich und Österreich ging alles drunter und drüber, so dass die Schweiz weit und breit keine Freunde als Nachbarn hatte und ziemlich isoliert dandand.

Als 1934 die Nationale Front im Schwanen eine Kundgebung durchführte, war die Gegnerschaft aus den konservativen Kreisen eher leise, im Gegensatz zu den

Freisinnigen und Sozialisten. Erst nach dem 1. August 1934 mit einer denkwürdigen Bundesfeierrede von Dr. Walter Hug setzte eine Neuorientierung ein, d. h. die Konservative Volkspartei bezog klar Stellung gegen die Kommunisten und Sozialisten mit dem bestgehassten Léon Nicole in Genf, aber auch gegen die Nationale Front der Schweiz.

Eine kantonale Gesetzesvorlage betreffend neuer Bezirkseinteilung, wonach Wil, Bronschhofen und Zuzwil mit dem Altgotgenburg einen Bezirk bilden sollten, stiess auf heftige Opposition im Altgotgenburg und in Wil.



Anfangs 1935 nahm Wil die eidg. Wehrvorlage deutlich an (908 zu 592), während in Kanton und Bund die Vorlage nur knapp durchkam.

Wenig später stand die Kriseninitiative zur Debatte. Auf Einladung der bürgerlichen Parteien referierte am 25. Mai 1935 Alt-Bundesrat Musy gegen die Initiative, die in Wil schliesslich deutlich verworfen wurde (1026 zu 497) wie auch in Bund und Kanton.

Die eidg. Wehranleihe von 330 Mio Franken, die insgesamt 4-fach überzeichnet wurde, löste auch in Wil ein grosses Echo aus, indem die kath. Kirchgemeinde Fr. 10'000.-, die Concordia und die Theatergesellschaft je Fr. 1'000.- zeichneten.

An der HV der Konservativen Volkspartei vom 26. April 1937 galt das Hauptinteresse einem Augenzeugenbericht aus Spanien. Der Verlauf des spanischen Bürgerkrieges wurde in beinahe jeder Ausgabe des «Wiler Boten» eingehend kommentiert.

Wie einflussreich die Kirche auch auf die politische Tätigkeit war, beweist die Verschiebung eines Informationsanlasses infolge angesagter Anbetungsstunde.

Im Kriegsjahr 1940 verliert die Lokalpolitik an Bedeutung gegenüber den umwälzenden Ereignissen rund um die Schweiz. Die Parteien werden zur Zusammenarbeit im Interesse des Landes aufgerufen. Zur Diskussion steht gar ein Quorum für Parteien von 15% wie in Freiburg, um die Splitterparteien auszugrenzen. Trotz eines Aufrufes der Parteien nach Arbeitsbeschaffung für Wehrdienst-Entlassene lehnt die Schulversammlung eine 2. Turnhalle auf dem Bleicheplatz ab und bewilligt nur eine kleine Erweiterung. So muss die Bausteuer nur um 2 Rp. erhöht werden, und der Sparwille bleibt massgebend.